

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1924

5.2.1924 (No. 30)

Expedition: Karlsruher Straße Nr. 14
Fernsprecher: Nr. 953 und 954
Postkontokonto Karlsruhe Nr. 3515

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich für den redaktionellen Teil und den Staatsanzeiger: Chefredakteur C. K. K. n. d. Karlsruhe

Bezugspreis: In Karlsruhe und auswärts frei ins Haus geliefert monatlich 3,50 Geldmark. — Einzelnummer 10 Geldpfennig, Samstag 15 Geldpfennig. — Anzeigengebühr 12 Geldpfennig für 1 mm Höhe und ein Zentimeter Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifmäßiger Rabatt, der als Kasierabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Zusätzliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruherstraße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, Zwangsweiser Beitreibung und Konturverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperre, Aufsperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatschluß erfolgen. Unerlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen.

* Zur außenpolitischen Lage

Naturngemäß hat sich die Öffentlichkeit in den letzten Wochen für alle programmatischen Kundgebungen interessiert, die von dem jetzigen britischen Premierminister Macdonald bekannt sind. Besonders eingehend hat sich Macdonald im Oktober 1922, als er noch Vizepräsident der englischen Arbeiterpartei war, in einem Presseartikel geäußert. Und zwar hat er diesen seinen Artikel unmittelbar auf die Beantwortung der Frage zugeschnitten, was er tun würde, wenn er britischer Minister des Äußeren wäre.

Auch wir haben in der vorigen Woche diesen bedeutamen Artikel abgedruckt. Er enthält, um es nochmals in einem kurzen Satz zu fassen, ein praktisches Programm für den Wiederaufbau Europas, geschrieben vom Standpunkt des Engländers. Für uns Deutsche ist dieses Programm nicht allein diskutabel, sondern es könnte von uns glatt als Basis praktischer Wiederaufbauarbeit akzeptiert werden.

Daß Macdonald sein Programm auch heute nicht verleugnen wird, dürfen wir nach allem, was über den Charakter dieses Mannes bisher bekannt geworden ist, als sicher annehmen. Aber von der Aufstellung eines Programms bis zu seiner Durchführung ist ein weiter Schritt. Und das ist jetzt die große, weltgeschichtliche Aufgabe, vor die sich Macdonald gestellt sieht: Wie wird es möglich sein, sein Programm in Übereinstimmung mit Frankreich zu verwirklichen?

Denn einen Bruch mit Frankreich oder gar eine kriegerische Auseinandersetzung wünscht der zum britischen Premierminister aufgestiegene britische Arbeiterführer nicht. Es muß deshalb seine Absicht sein, in Unterhandlungen mit Frankreich dieses für sein Programm zu gewinnen. Auf der ureigensten Domäne der Diplomatie, auf dem Gebiet der Verhandlungen, wird Macdonald also zeigen müssen, ob er ein Meister ist. Solche Verhandlungen können sich nicht erschöpfen in einer Politik schwachmütiger Ermahnungen, wie sie von Bonar Law und Baldwin gehandhabt wurde, sondern sie müssen beschwingt werden von jener Fähigkeit und Energie, die dem Partner von vornherein zeigen, daß er mit Winkeln und Verwickelungen nichts ausrichten kann und zum allermindesten Farbe zu bekennen hat.

Und schon allein das ist es, was Frankreich fürchten muß. Man braucht noch gar nicht an Konflikte zu denken und kann sich doch vorstellen, daß Frankreich diplomatisch und moralisch von Macdonald in eine Situation hineingemantelort wird, die an sich so unangenehm und bedrohlich ist, daß Frankreich ein vernünftiges Einlenken dem Weiterbestehen dieser Situation vorzieht. Eine solche Situation wäre zum Beispiel dann gegeben, wenn es Macdonald gelänge, die Politik Poincarés und seiner Gefinnungsgenossen vor aller Welt als das zu enthüllen, was sie bisher in Wirklichkeit gewesen ist, als eine Politik der Verstärkung und Negation, als eine Politik, die einzig und allein die Verhinderung der Wiedergesundung Europas zur Last zu legen ist.

Mag die Stellung Frankreichs militärisch und machtpolitisch noch so glänzend aussehen, so gibt es auch hier Würmer genug, die am Fundament des stolzen Gebäudes nagen. Und schon allein der konzentrische Druck eines großen, gegen Frankreich gerichteten Bündnisystems auf wirtschaftlicher Grundlage könnte genügen, um Frankreich zunächst auf finanziellem und wirtschaftlichem Gebiet die Notwendigkeit einer Politik der Mäßigung klar zu machen. Und zu solch einem Bündnisystem wird es kommen, wenn Frankreich bei seiner bisherigen Politik beharrt.

Was Macdonald bis jetzt getan hat, um sein Programm zu realisieren, verrät eine bemerkenswerte Geschicklichkeit. Er hat zunächst durch eine Reihe von Äußerungen das Bekenntnis zu seinem Programm erneuert und damit Frankreich gezeigt, daß er nicht daran denke, als Premierminister grundsätzlich das preiszugeben, was er als Parteiführer hochgehalten hat. Gleichzeitig aber hat er durch die formelle Anerkennung der russischen Sowjetrepublik die Beziehungen Englands zu Russland zweifellos verbessert und, da nun auch Italien die Sowjetrepublik anerkennt und sogar mit ihr einen Handelsvertrag abschließt, Frankreich die Tatsache seiner (Frankreichs) Isolierung deutlich vor Augen geführt.

Auf dem allrussischen Rätekongreß in Moskau aber hat dieser Lage eine der prominentesten Persönlichkeiten Sowjetrusslands, Herr Kamenew, ein paar Sätze gesprochen, die gerade den Franzosen nicht lieblich in

die Ohren klingen werden. Er hat nämlich erklärt, daß die Sowjetrepublik einem weiteren Vordringen französischer Truppen ins Innere Deutschlands nicht ruhig zusehen könne, weil dadurch die Grundlagen des internationalen Gleichgewichts völlig erschüttert werden würden, und er hat dem Kongreß mitgeteilt, daß die Sowjetregierung bereits ganz bestimmte Vorbeugungsmaßnahmen getroffen habe. Das klingt ernst genug, zumal wenn man bedenkt, daß die russische Armee in den letzten Jahren nach den übereinstimmenden Meldungen mannigfaltiger Beobachter zu einer wahrlich nicht zu verachtenden Kampftruppe umorganisiert worden ist. Andererseits hat Macdonald persönlich die Fäden mit Frankreich angeknüpft, indem er den bekannten Brief an Poincaré schrieb. Dieser Brief ist so gehalten, daß er zunächst das Programm Macdonalds nicht im geringsten modifiziert, gleichzeitig aber den ernsten und ehrlichen Willen Englands bekundet, in friedlicher Zusammenarbeit mit Frankreich unter Aufrechterhaltung der Entente die bestehenden Konflikte, deren Existenz Macdonald ganz offen zugibt, zu beseitigen.

Poincaré hat diesen Brief in sehr höflicher und entgegenkommender Weise beantwortet, sich seinerseits zu einer friedlichen Regelung aller Differenzen bekannt und zum Schluß der Soffnung Ausdruck gegeben, daß die Entente wieder in Wirklichkeit ausleben möge. Die Pariser Presse, die anfangs Macdonald mit großer Abneigung betrachtete, hat diesen Briefwechsel mit recht freundlichen Worten für den britischen Premierminister kommentiert.

Inzwischen wird aus Paris gemeldet, daß unter Millebrandts Führung sich die Stimmen derer verstärken, die einer Politik der Mäßigung und damit einer neuen Belebung der Entente mit England und Italien das Wort reden. Sollten die Beschlüsse der Sachverständigenausschüsse nur einigermaßen dem entsprechen, was heute von allen einflussreichen Wirtschaftspolitikern als notwendig empfunden wird, so wird dadurch zweifellos diese Strömung in Frankreich verstärkt werden.

Was bisher über die angeblichen Anschauungen des ersten Sachverständigenausschusses in einzelnen Blättern mitgeteilt wird, möchten wir vorläufig noch mit aller Vorsicht aufnehmen. Die Wahrscheinlichkeit spricht jedoch dafür, daß der Sachverständigenausschuß auf Grund rein geschäftlicher und praktischer Erwägungen zu dem Schluß kommen wird, daß Deutschland nur dann die Reparationen bezahlen kann, wenn es die vollkommen freie, wirtschaftliche Verfügung über seine gesamte Industrie, also auch über die des Ruhrreviers, und über seine Verkehrsmittel zurückerhält.

Sinowjew über Sachsen

Nach dem Bericht des „Vorwärts“ über Enthüllungen Sinowjews, die in der Rede Dr. Strefemanns in Slettin erwähnt wurden, hat Sinowjew auf dem letzten Parteitag der KPD gesagt, durch die Ereignisse des Sommers sei die kommunistische Partei in den Kampf einer in Deutschland noch nie dagewesenen revolutionären Welle gezogen worden. In Sachsen war eine Mehrheit der Sozialisten und der Kommunisten auf parlamentarischer Grundlage vorhanden. Das Exekutivkomitee war stets gegen die Bildung einer legalen Regierung auf parlamentarischer Grundlage. Als wir aber die Ereignisse so einschätzten, daß die Krise nur eine Frage von einigen Wochen sei, hielten wir den Moment für gekommen, um unter bestimmten Bedingungen in die Regierung einzutreten, damit wir uns von Sachsen aus zum Kampf um die Macht entfalten könnten. Das geschah, als General Müller ernannt wurde. Wir nahmen an, daß die Reigener-Regierung bereit sei, wirklich gegen das weiße Regern zu kämpfen und sofort einen bewaffneten Aufstand mit 60 000 deutschen Arbeitern durchzuführen. Die Dinge vollzogen sich aber ganz anders, als wir vorausgesehen hatten. Die Kommunisten in der sächsischen Regierung fügten sich nur als Mitglieder einer gewöhnlichen Koalition. Daraufhin schrieb das Exekutivkomitee einen vertraulichen Brief an die KPD, in dem es hieß: Wir in Moskau beurteilen, wie Euch bekannt ist, den Eintritt der Kommunisten in die sächsische Regierung lediglich als ein militärisch-strategisches Manöver. Ihr habt diesen Eintritt in einen politischen Block mit der Linken Sozialdemokratie veranlaßt, die Euch die Hand reichte. Wir stellen uns die Sache so vor: Der Eintritt in die sächsische Regierung sollte nur die Eroberung eines Kampffeldes bedeuten, um auf ihm die Entfaltung der Kräfte unserer Armee zu ermöglichen. Ihr habt es vorgezogen, die Beteiligung an der sächsischen Regierung in eine banale parlamentarische Kombination zu verwandeln. Daraus ergab sich unsere politische Niederlage, schlimmer als das, es ergab sich daraus beinahe eine Komödie. Eine Niederlage im Kampf hätten wir ertragen können. Wenn aber eine revolutionäre Partei am Vorabend eines Aufstandes sich direkt lächerlich macht, dann ist das schlimmer als eine Niederlage. So bereitet man eine Revolution nicht vor.

Der Pfalzskandal

Eine Note der deutschen Regierung

Die deutsche Regierung hat durch den deutschen Botschafter in Paris der französischen Regierung in Folge der Zustände in der Pfalz eine weitere Note übergeben lassen, in der es nach Bezugnahme auf wiederholte andere Beschwerden der Reichsregierung u. a. heißt:

„Die Verhältnisse in der Pfalz haben eine Entwicklung angenommen, die von der deutschen Bevölkerung und Regierung nicht länger ertragen werden kann. Die deutsche Regierung sieht sich deshalb veranlaßt, mit allem Ernst die Aufmerksamkeit der französischen Regierung auf diese Zustände zu lenken und sie auf die schwere Verantwortung hinzuweisen, die sie auf sich nimmt, wenn sie nicht als Besatzungsmacht vertragsmäßig alsbald dafür sorgt, daß die Bevölkerung von den Bedrückungen einer kleinen und noch dazu größtenteils landfremden Minderheit, die gegen den ausgesprochenen Willen der überwältigenden Mehrheit die öffentliche Gewalt mit fremder Hilfe an sich gerissen hat, befreit werden und es ermöglichen, daß die deutschen Behörden in der Pfalz gemäß den Wünschen der Bevölkerung ihre Funktionen wieder frei und ungehindert ausüben können. Die deutsche Regierung befindet sich heute im Besitze unwiderleglicher Beweise dafür, daß es Separatistenbanden, obwohl sie ihrerseits schwer bewaffnet, einer wehrlosen Bevölkerung gegenüberstanden, niemals gelungen wäre, in der Pfalz die Oberhand zu gewinnen, wenn sie nicht von vornherein von den französischen Besatzungsbehörden mittelbar und unmittelbar in ihren hochverräterischen Unternehmungen unterstützt worden wären.“

Im einzelnen wird dann der Nachweis geführt, daß die Separatisten erst in der Pfalz eingedrungen sind, nachdem sie durch das Verhalten des Generals de Metz die Gewißheit erlangt hatten, daß ihre Bestimmungen hier im besonderen Maße den Wünschen der Besatzungsbehörden entsprechen. Die Bewaffnung der Separatisten durch die französischen Behörden, ihre Ausrüstung aus französischen Heeresbeständen, ihre Verpflegung durch die Franzosen, und die ständige Verbindung zwischen Franzosen und Separatisten werden eingehend besprochen.

Die Note kommt schließlich zu folgendem Schluß: Die deutsche Regierung ersucht:

1. Die französische Regierung, den gesetz- und vertragsmäßigen Zustand in der Pfalz wieder herzustellen und zu diesem Zwecke ihre Organe vor allem hinzuweisen, die unter ihrer Duldung oder Mitwirkung ausgerüsteten Separatisten zu entwaffnen, ihre Entfernung aus den ihnen mit Unterstützung der Besatzungsbehörden besetzten öffentlichen Gebäuden zu ermöglichen und die uneingeschränkte Wiederaufnahme der Tätigkeit der deutschen Behörden zuzulassen.
2. Die Rückkehr der von den Separatisten vertriebenen Einwohner keine Hindernisse in den Weg zu legen.
3. Sich in Zukunft jeder Einmischung in deutsche innerpolitische Verhältnisse, insbesondere jeder unmittelbaren Unterstützung aufrührerische Elemente in den besetzten Gebieten zu enthalten.

Ein deutscher Pfalzopfertag

Berlin, 4. Febr. Eine allgemeine Kundgebung für die vom Terror der Franzosen und Separatisten bedrängte Pfalz ist für Sonntag, den 17. Februar, geplant. Die Einladung wird von einem aus Vertretern aller Parteien und beteiligten Verbände zusammengesetzten Arbeitsausschuß ausgehen, der sich am Samstag konstituiert hat und zurzeit mit den Vorbereitungen der Einzelkundgebungen im Reich beschäftigt ist. Für Berlin sind mehrere Versammlungen in den größten Versammlungsorten vorgesehen, wo auch mehrere Mitglieder des Reichskabinetts das Wort ergreifen sollen. Man beachtet, am gleichen Tage Massensammlungen zur Unterstützung der Pfälzer vornehmen zu lassen.

Die Zustände in der Pfalz

In Birnmasen sind infolge der Verhaftung und Verschleppung der städtischen Polizeibeamten anarchische Zustände eingetreten. Es konnte keine Erwerbslosenunterstützung ausbezahlt werden. Ein Teil der Erwerbslosen und Gefinndel hat nun, angetan mit roten Armbinden unter Führung von Separatisten, die gleichfalls rote Armbinden trugen, das Stadthaus besetzt. Die noch nicht ausgewiesenen Stadtratmitglieder wurden in das Rathaus geschleppt, dort 12 Stunden festgehalten und mit schwersten Maßnahmen bedroht, wenn sie nicht die sofortige Auszahlung der Erwerbslosenunterstützung anordnen würden. Der französische Bezirksbelegierte hat auf Vorstellung hin erklärt, er sei bei der geringen Besatzung von 30 Mann machtlos gegenüber solchen Zuständen, die zeigen, daß sich seit der Abreise des englischen Generalkonsuls die Verhältnisse in der Pfalz eher noch verschlechtert haben. Auch in Gölheim, Rarnheim und Kirchheimbolanden wurden die Gendarmeriebeamten von den Separatisten entwaffnet und verhaftet.

Die Separatisten haben die Steinkohlengrube in Steinbach bei Glanmünchweiler beschlagnahmt. Dadurch sind etwa 40 bis 50 Personen erwerbslos geworden.

Am Samstag nachmittag wurde in der Hauptstraße in Speyer der vom unbesetzten Gebiet zurückgekehrte Ausgewiesene Emil Gerbert von den Separatisten erkannt, verfolgt und auf der Flucht erschossen.

Politische Neuigkeiten

Die Sachverständigenausschüsse

Der erste Unterausschuss des Dames-Komitees hält heute in Berlin eine Sitzung über die Währungsfrage ab, an der der Reichsfinanzminister Dr. Luther und der Reichsbankpräsident Dr. Schacht teilnehmen werden. Der Unterausschuss für Subjektfragen hat den Staatssekretär des Reichsfinanzministeriums Schröder, den Ministerialdirektor Popitz aus demselben Ministerium und den Vorsitzenden der Kriegslastenkommission Fischer zu einer Besprechung geladen.

Der zweite Ausschuss, der überhaupt nur einige Tage in Berlin verweilen wollte, hofft Ende der Woche mit den Arbeiten in Berlin fertig zu sein. Höchstwahrscheinlich wird er Ende der kommenden Woche neuerlich in Paris zusammen-treten.

Das Reichskabinett wird den Sachverständigen-Ausschüssen eine Denkschrift überreichen, in der dargelegt wird, daß eine Weiterzahlung der Besatzungskosten nicht mehr erfolgen könne. Dies ist übrigens den Besatzungsmächten in einer Note bereits mitgeteilt worden.

Eine Rede Millerands

Der Präsident der französischen Republik Millerand hielt auf einem Bankett der republikanischen Journalisten eine Rede, in der er betonte, es sei der Wille des Landes, alle nötigen Opfer zu bringen, um die französischen Finanzen wieder zu befestigen und um den Wert des Franken aufrecht zu erhalten. Frankreich habe, ohne zu schwanken, schon schlimmere und blutigere Wunden überstanden als Geldwunden. Es werde jetzt durchgehalten, wie es während des Krieges durchgehalten habe. Es wolle, daß seine ehemaligen Feinde das beahnten, was sie systematisch zerstört hätten. Da die Überredung nicht zum Ziele geführt habe, sei Frankreich gezwungen gewesen, im Verein mit seinem belgischen Freunde zum Zwange zu schreiten und durch die Beschlagnahme eines Landes die restlose Einziehung der Schulden Deutschlands sicherzustellen. Das sei der einmütige Wille Frankreichs ohne Unterschied der Parteien.

Die neue russische Regierung

Die von der neugebildeten Zentral-Exekutive der Sowjetregierung gemählte Unionregierung setzt sich wie folgt zusammen: Präsident des Rats Volkskommissar Rykoff, Stellvertreter Kameneff, gleichzeitig Vorsitzender des Rats der Arbeit, Verteidigung Jhurupa, gleichzeitig Vorsitzender der Planwirtschaftskommission; ferner Drachelashwili und Tschubar, Außenminister, Krieg Trozki, Außenhandel Krasin, Verkehr Kubjutal, Post Smirnow, Inspektion Kujtschew, Arbeit Schmidt, Ernährung Bruchanoff, Finanzen Sokolnikoff, Präsident des obersten Volkswirtschaftsrats ist Dzerzinskij.

Der zum Nachfolger Lenins gewählte Rykoff war seit Beginn der Sowjeterrschaft Lenins erster Stellvertreter. Von Beruf ist er Advokat-Anwärtler gewesen. Das Wirtschaftsprogramm der neuen Regierung wird in der Hebung der landwirtschaftlichen und der industriellen Produktion bestehen. Im Interesse der Bauern werden nur solche Industrien gefördert, die Massenartikel für Bauern erzeugen. Daher dürfte die neue Regierung die Bauernpolitik Lenins fortführen. In außenpolitischer Beziehung behauptet das neue Kabinett keine Änderung. Die Anerkennung Sowjet-Rußlands seitens England wird in Moskau als größter Sieg der Sowjets betrachtet. Rußland wird die Erklärung abgeben, daß eine Regelung aller Streitfragen mit Frankreich und Amerika gleich England erst nach seiner Anerkennung vorgenommen wird.

Ein amerikanischer Petroleumskandal

In den Vereinigten Staaten beschäftigt sich jetzt die Öffentlichkeit wieder mit den Fragen der inneren noch der äußeren Politik, sondern mit dem großen Petroleum-Skandal, dem größten, den die Vereinigten Staaten seit Jahren zu verzeichnen haben. Der frühere Senator und spätere Minister des Innern Albert W. Fall soll gegen ein Geschenk — der Form nach ein Darlehen — von 100 000 Dollars einer Gruppe von Petroleumspekulanten, an deren Spitze Harry Sinclair steht, sehr wertvolle Petroleumländereien in Wyoming und Kalifornien zu einem Preise verpackt haben, der an den wirklichen Marktwert nicht entfernt heranreicht. In dieser Angelegenheit sollen auch der Marineminister Denby und der Generalstaatsanwalt (Justizminister) Daugherty verwickelt sein, ersterer, weil er die besagten Ländereien, die Eigentum der Flottenverwaltung sind, habe ohne Einspruch veräußert lassen, der letztere, weil er das Verfahren gegen die Hauptbeschuldigten in einer Weise geführt haben soll, die auf Vertuschung hinausgelaufen sei. Der Senat beschäftigt sich schon seit drei bis vier Monaten mit dieser peinlichen Angelegenheit; er hat vor einigen Wochen einen eigenen Ausschuss eingesetzt, der den

Fall untersuchen soll. Auch Präsident Coolidge forderte in einem Erlasse strengste Untersuchung der Angelegenheit. Der Senat hat nun das unaufrichtige Geschäft rückgängig gemacht, womit aber die Angelegenheit noch lange nicht erledigt sein dürfte. Der frühere Minister Fall, ein reicher Grundbesitzer in Neu-Mexiko, galt schon vor Zeit, als er nach Senator war, für einen Förderer und Beschützer des „big business“, und auch der Marineminister Denby sowie der Justizminister Daugherty wurden, als ihre Ernennung durch den Präsidenten Harding Anfang 1921 bekannt wurde, heftig angegriffen, weil sie als typische Maschinen- und Geschäftspolitiker bewertet wurden. Amerikanische Blätter weisen darauf hin, daß Harding nicht ganz stubenreine Politiker zu Ministern ernannt habe und zwar auf Grund des berühmten „Patronage-Systems“, das es einem zur Macht gelangten Präsidenten zur Pflicht macht, Männer nicht nach Verdienst, sondern nach ihren parteipolitischen Verdiensten mit den höchsten Ämtern zu besetzen. Die Rückzieher des Stanbals werden bei den bevorstehenden Präsidentenwahlen voraussichtlich die Demokraten sein.

Kurze Nachrichten

Die Opfer des passiven Widerstandes. Nach einer Schätzung aus Koblenz sind während des passiven Widerstandes auf der belgischen Besatzungszone 2045 Personen, ungerichtet die Familienangehörigen, ausgewiesen worden. Davon sind 1140 Zollbeamte, 650 Eisenbahnbeamte und 284 andere Beamte. Bis jetzt sind 611 Ausweisungsbefehle rückgängig gemacht worden, 500 Anträge auf Aufhebung von Ausweisungsbefehlen werden voraussichtlich in zustimmendem Sinne erledigt werden.

Die Eisenbahnfahrpreise der Regiebahn wurden am 1. Februar erhöht, und zwar für die erste Klasse um 25, die zweite um 35, die dritte um 60 und für die vierte um 100 Prozent. Die Würber Erzbergers, Schulz und Tilsen, sollen sich nach Berliner Blättermeldungen in Ungarn befinden. Die Meldung von ihrer Verhaftung scheint jedoch nicht zuzutreffen.

Ein Konkordat des Vatikans mit Bayern steht, nachdem die Verhandlungen abgeschlossen sind, vor der Unterzeichnung.

Badischer Teil

Staatspräsident Köhler über die politische u. wirtschaftliche Lage in Baden

Der Hauptredakteur des „Neuen Mannheimer Volksblattes“ hatte mit dem badischen Staatspräsidenten Dr. Köhler eine Unterredung, bei der die vielfachen brennenden Fragen der Gegenwart, soweit deren Lösung von der badischen Regierung abhängt, eingehend erörtert wurden. Über die Stabilität der Währung äußerte sich Dr. Köhler dahingehend, daß ohne Gleichgewicht im Staatshaushalt eine Stabilisierung der Währung unmöglich wäre, denn jeder Überbeschuss an Ausgaben müßte durch die Notenpresse wieder gedeckt werden. Die alsbaldige Verringerung der Ausgaben ist deshalb das erste Ziel. Die badische Regierung ist mitten in der Arbeit des organisatorischen Umbaus der gesamten Staatsverwaltung. Ein Teil dieser Arbeit liegt der Öffentlichkeit bereits vor, weitere Maßnahmen werden in kürzester Frist folgen. Es wird alles getan werden, um mit den Folgen der Inflationswirtschaft raschstens aufzuräumen. Das vom Landtag gegebene Gesetz für Vereinfachung der Staatsverwaltung, das gegen Ermächtigungsgesetz ist für die Durchführung all dieser Maßnahmen absolut notwendig.

Daß bei dem Beamtenabbau politische Gründe mitspielen, beantwortete Dr. Köhler mit einem glatten Nein. Auf die Schwerkräftigen wird große Rücksicht genommen werden. Zur Verminderung der Ausgaben muß, damit der Etat balanzieren kann, eine weitgehende Erhöhung der staatlichen Einnahmen kommen. Die Steuerleistungen des Jahres 1924 werden ganz anderer Art wie die 1923 sein. Die Steuern des Jahres 1924 müssen vor allem gerecht, d. h. der Leistungsfähigkeit des einzelnen entsprechend sein. Die Regierung wird mit größter Entschlossenheit den Gedanken der steuerlichen Ge-

richtigkeit durchzuführen. Das Primat des Staates muß hoch gehalten werden.

Zur Lage der Landwirtschaft betonte er, daß er den Landwirten geraten habe, sich Freunde in allen Parteien zu schaffen und wies zur Begründung seines Rates auf die außerordentlich beachtlichen Vorgänge bei der Zollschutzgesetzgebung hin.

Über die allgemeine Wirtschaftslage äußerte sich Dr. Köhler dahin, daß im Lande Baden in den letzten Wochen unstreitig eine kleine Besserung eingetreten sei. Zur Hebung der landwirtschaftlichen Produktion wird das Staatsministerium in diesen Tagen einen Beschluß fassen, der sich mit dem Plan von Bodenverbesserungen befaßt. Auch die Zahl der Arbeitslosen hat sich vermindert. Zur Fortführung der im ganzen Lande angefangenen Wohnungsbauten wird die Staatsregierung alsbald die Mittel zur Verfügung stellen. Durch diese Maßnahmen wird sich die Zahl der Arbeitslosen weiterhin einschränken.

Auch die Finanzlage gibt zu Besorgnissen keinen Anlaß, wenn es gelingt, die vorgesehenen Einnahmen voll hereinzubringen und die Ausgaben wenigstens auf der angenommenen Höhe zu halten. Es läßt sich noch nicht sagen, in welcher Weise der von der Reichsregierung in der dritten Steuernotverordnung beschlossene Ausgleich wirken wird.

Der badische Obstbau im Jahre 1923

Im Anschluß an die alljährlich stattfindende Erhebung der Anbauflächen war im Jahre 1923 vom Statistischen Landesamt auch die Zahl der Obstbäume erfragt worden. Eine große Zahl von Bezirken konnte dabei eine erhebliche Zunahme der Baumbestände gegenüber der letzten Zählung, die im Jahre 1913 stattgefunden hatte, melden. Wo eine Abnahme gemeldet worden war, veranlaßte sich diese bei genauerer Prüfung meist ebenfalls in eine Zunahme; im ungünstigsten Fall war der Stand des Jahres 1913 gehalten worden. So ergibt sich für das Land im ganzen die gewaltige Zahl von mindestens 12 Millionen Obstbäumen und unter den süddeutschen und rheinischen Ländern, die als die wichtigsten Obstgebiete Deutschlands anzuspreehen sind, ist Baden das obfruchtbarste Land mit einer Dichte von 1400 Bäumen auf 100 Hektar landwirtschaftliche Fläche. Auch das Nachbarland Württemberg, das wegen seines Obstreichums bekannt ist, bleibt mit gegen 10 Millionen Bäumen hinter Baden zurück; eine Dichte von 1400 wird in Württemberg nur im Neckarreis erreicht.

Auf Oberland und Unterland entfallen ungefähr gleichviel Bäume. Unter den Amtsbezirken steht Heidelberg mit 758 000 Stück weit an der Spitze. Es folgen Forstheim mit 531 000, Offenburg mit 501 000, Überlingen mit 460 000. An letzter Stelle kommt St. Blasien mit 10 000 Bäumen. Unter den badischen Gemeinden kommt Heidelberg an erste Stelle mit 887 000 Bäumen. Badische Gemeinden, die gar keine Obstbäume aufweisen können, gibt es anscheinend nicht; in einer größeren Zahl von Gemeinden des hohen Schwarzwaldes allerdings hat praktisch der Obstbau keine Bedeutung.

Die 12 Millionen Bäume, die ermittelt worden sind, verteilen sich auf die einzelnen Obstarten wie folgt: es gibt nahezu 4 1/2 Millionen Apfelbäume, über 2 1/2 Millionen Birnbäume, ungefähr 2 1/2 Millionen Zwischengäulen, über 1 1/2 Millionen Kirschbäume, über 1/2 Million Pflaumenbäume, 1/2 Million Nussbäume. Hinzu kommen noch 125 000 Pfirsich-, 60 000 Mirabellen-, 20 000 Aprikosen-, 2000 Mandelbäume und 50 000 sonstige Obstbäume. Württemberg übertrifft Baden nur in der Zahl der Apfelbäume.

Apfel, Birne, Zwischengäule und Kirsch haben weitaus die größte Verbreitung im Land. Die Kirschen steigen wohl im Gebirge am höchsten hinauf, es handelt sich dann natürlich um die wilden Kirschen. Pflaumen und Mirabellen weisen in ihrer Verbreitung keine solche Geschlossenheit auf wie die vorerwähnten Arten. Pfirsich und Aprikose finden sich nur dort, wo der Rebau mit Erfolg getrieben werden kann, die Mandeln naturgemäß nur an den wärmsten Klagen des Landes. Viel weiter verbreitet sind die Nussbäume, deren Zahl im Kriege besonders stark abgenommen hat. Auf diesem Gebiet wird wohl noch an den meisten nachzuholen sein. Nussbäume und Zwischengäulen haben den Stand vor dem letzten Winter 1870/80 noch nicht wieder erreicht. Auf allen anderen Gebieten des badischen Obstbaues dürfte das Jahr 1923 den bisher höchst erreichten Stand bedeuten. Die große Zunahme der Obstbäume, insbesondere im Umkreis der Städte, beweist jedenfalls auf das deutlichste, daß die letzten Entwicklungsmöglichkeiten für den badischen Obstbau nicht erschöpft sind. Die Einzelheiten der Erhebung sind in Nr. 12 der „Statistischen Mitteilungen“ im Jahrgang 1923 enthalten.)

Badisches Landestheater

Die Hugonotten

Es ist für das badische Landestheater kein faux pas, daß es Meyerbeers „Hugonotten“ aus langem Schlummer erweckte, um die zwar stark verstaubte, aber doch vergebens so oft tot erklärte Bühnenwirkung der „großen Oper“ wieder damit aufzurichten; denn es gibt da für unsere Zeit noch allerlei zu retten trotz allem angelegenen trodenen Formalismus, den der Gattung im allgemeinen R. Wagner vorwarf, und trotz desselben bisiger Bemerkung, die Regie u. a. seine „Allerweltspazität“ vorhielt und ihn zur „Wetterfahne des europäischen Opernmusik-Wetters“ stempelte.

Meyerbeer, der deutsche Jude mit dem italienisierten Vornamen Giacomo, schreibt in Paris bewußt eine Geschichtsfiktion der „Hugonotten“, aber obwohl ziemlich oberflächlich die der Bartholomäusnacht unmittelbar vorausgehenden großen religionsgeschichtlichen Kämpfe hineintrapunktisiert sind, ist daraus ein meisterhaftes Werk im französischen Stil geworden, ein Theaterstück, das alle Effektmittel der Oper des 19. Jahrhunderts — charakterlos, sagen allerdings die Feinde — gebraucht und den Typus der internationalen Oper schaffen hilft. Man weiß heute, warum gerade Wagner gegen diesen Typus so heftig opponierte, von abstoßender Opernmache und noch Schlimmerem sprach und selbst die Genialität der Partitur nicht gelten ließ: Es war der Schiller, der mit dem Meister den Stuhl nicht teilen, sondern sich in eigener Person dort postieren wollte. Wie haben sich aber die Zeiten inzwischen geändert! Auch in Wagners Musikdrama sehen wir nicht mehr das vollkommene Ideal einer Oper erreicht, auch der große Bohreuther, der übrigens an Meyerbeers Theaterstück gar nicht so ad hoc vorüberging, sondern nur bei einer offen zustimmenden Anerkennung des dort Gelesenen und Abgelauteten eine Abschwächung der eigenen Wertschätzung befürchtete, muß sich einen abermaligen Umschlag in der öffentlichen Geschmacksrichtung gefallen lassen! Denn trügen die Angelegenheiten nicht, so ist auch mit der Blütezeit der dramatisch-philosophischen Tendenz seiner Epoche vorbei und die antimoderne rein theatralische Oper kehrt zurück, sofern nicht noch wie etwa bei Katastrophe der Schwerpunkt auf die absolut musika-

lische Wirkung zunächst verschoben und damit die letzte Harte Entscheidung über die sich widerstrebenden Forderungen verzögert wird.

Die „Hugonotten“ sind nun freilich kein Bühnenerlebnis im Sinne des modernen auf Logik aufgebauten Musikdramas, aber sie stoßen von soviel musikalischer Dankbarkeit, daß man darüber den Mangel an wirklich dramatischer Gestaltungsfähigkeit fast vergißt und zugunsten des endlich im vierten Akt dramatisch einsetzenden menschlichen Konflikts, der fraglos den Höhepunkt zugleich bietet, gerne drei mehr oder minder artistisch geratene Akte sich anhört. Die Neuenfindung war pietätvoll genug, diese Kontraste nicht zu verwischen. So hatte man z. B. im zweiten Akt, der recht eigentlich die Soloszene einer zufällig im Königskornat sitzenden Koloratursängerin ist (von Marie von Ernst mit feinstem Kunst und spielerischer Virtuosität dargeboten) garnicht den Eindruck, einer Oper beizumohnen, die der brutalsten Episode der Weltgeschichte den Stoff entnimmt. Anders wieder im vierten und auch teilweise im fünften Akt, wo tatsächlich höhere Mächte über das Schicksal zweier sich liebenden Menschen entscheiden, wo Herzen getötet, aber schließlich wohlmüßige Versöhnlichkeiten verberichtet werden. Hier standen G. Gramma Brügellmann (Valentine) und Willeh Rentwig (Raoul) idealisierend, wie es nun einmal den Helden einer in das historische Milieu eingelassenen Liebesoper gebührt, über der nobelierenden Banalität der sonst schematisch gearbeiteten Operntrache. Vielleicht übernahm sich unsere Hochdramatische etwas zu stark in diesen Szenen, die neben ausdrucksvoller Leidenschaft doch auch das klassisch gefärbte Ambiente eines italienisch gesungenen Sterns erster Größe verlangen, aber Willeh Rentwig war Kavaler genug, nun auch feinerleibig die wenigstens ohne störende Distanzierung ihrem Ende zulief. Und die andern nach bewährten konventionellen Stilprinzipien entworfenen Figuren lagen ebenfalls in guten Händen, so das Haupt der Verführer bei Max Wülfinger, der Graf von Rebers bei Rud. Werauch und der eiserne, aber doch langweilig mit dem Cantus firmus der feste Burg-Chorals verschwägerete Marcel bei Dr. S. Bucherpfennig. Die bis zur Katastrophe des Dramas benötigten zahlreichen Re-

benfiguren, die Schelleute, die Hofherren und Hofdamen, auch das obligate Ballet in der zwar nicht imponanten „Corps“-Stärke von einem Duzend tanzender Weibchen wurden vom Regisseur Hans Fißler geschickt verwendet und von Kapellmeister Wils. Schwaeppe neben dem besonders an den Solostellen schon spielenden Orchester sorgsam überwacht. Für die vollendete Wiebegerabe der ebenso berühmten wie berühmten Bogenerie verdient Anna Rhs noch ein Sonderlob. Was einzig fehlte, war die — Schminke, und doch gehört sie so sehr zu den Requisiten der „großen Oper“, daß man an diesem Anknüpfungspunkt bei dem Gros der Schelleute, wie sie diese Oper beansprucht, nicht bis zur vollständigen Desillusion sparen sollte. Das Publikum nahm diese einjüngige Senfation des Pariser Theaterjahres 1836 mit lebhaftem Beifall auf, ein Beweis mehr, daß solche Massenwirkungen von Stappe zu Stappe immer wieder zu erzielen sind und sichere Magneten eines Anstalts bleiben, sofern es mit der inzwischen dozierten künstlerischen Souveränität an sie herantritt. S. Sch.

Ein Schreiben Hans Fißners

Professor Dr. Hans Fißner hat aus Schöndorf am Ammersee an den Intendanten des badischen Landestheaters, Robert Volzner, folgendes Schreiben gerichtet:

Lieber Freund Volzner! Von der Reise zurückgekehrt und gerade wieder im Begriff, eine neue, ebenso lange, angustretende, will ich es dennoch nicht unterlassen, Ihnen in aller Eile für die wohlgelungene Aufführung des „Palastrina“ am badischen Landestheater zu danken. Ich kann nur sagen, daß meine Erwartungen weit übertroffen sind, und daß Sie den Beweis neu geliefert haben, daß eine Einbindung, die mit Liebe und Sorgfalt geschieht und bei der alles angemeldet wird, was in den Kräften steht, oft Aufführungen an Instituten übertrifft, die über längere Zeiträume hinweg bestehen. Ich bitte Sie, Ihren Herrn Vorständen und sämtlichen Mitwirkenden meinen aufrichtigen Dank auszusprechen. Es wird mir immer eine besondere Freude sein, an dem von Ihnen geleiteten Theater einem oder dem anderen meiner Werke in Zukunft zu begegnen. Mit herzlichen Grüßen Ihr Hans Fißner.

Unternehmerverbände in Industrie, Handel und Verkehr Badens

Neuerdings ist vom Statistischen Landesamt Material über die Unternehmerverbände in Industrie, Handel und Verkehr des Landes gesammelt worden. Die Ergebnisse der Sondererhebung sind jedoch zur Veröffentlichung gelangt. Wie wir denselben entnehmen, beträgt die Zahl der in Betracht kommenden Verbände ohne Handwerkerorganisationen, Kartelle, Syndikate und Konventionen über 200 (225). Die in Frage stehenden Verbände bezwecken in der Hauptsache die Förderung gemeinsamer wirtschaftlicher und sozialer Interessen ihres Standes, insbesondere auch die Regelung der Beziehungen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Von der Gesamtzahl der Verbände sind 45 ausgesprochene Landesverbände oder Landesgruppen von größeren reichs- und zwischenstaatlichen Verbänden. Verbände, deren Geltungsbereich sich nur über einzelne badische Landestteile (Obers-, Mittel-, Unterbaden; Oberrhein- und Wiesental; Schwarzwald; Pfalzgau; Handwerkskammerbezirke usw.) erstreckt, sind 16 ermittelt worden. Mehr örtlicher Natur sind gegen 80 badische Vereinigungen und Verbände, darunter eine ganze Anzahl solcher, deren Wirkungsbereich sich auf einen bestimmten Industrieplatz und dessen nächste Umgebung (Mannheim und Umgebung usw.) beschränkt. Badisch-pfälzische und badisch-württembergische Verbände sind es etwa zwei Duzend. Daneben gibt es noch zahlreiche „süd- und süddeutsche“ Verbände, die teils selbstständig, teils als Gau- und Zweigverbände von größeren Reichsverbänden für den Zusammenhalt der badischen Unternehmer in Handel und Industrie von Bedeutung sind. Keine geschlossene Untergruppen im Lande selbst bilden etwa 70 Reichsverbände mit Mitgliedschaften in Baden. Bei 10 Verbänden konnten die Mitgliedszahlen nicht ermittelt werden. Im übrigen haben u. a. 34 von den Verbänden überhaupt je über 50—100, 36 je 101—200, 20 je 201—500, ferner 4 je 501—1000 und 5 mehr als 1000 Mitglieder. Die reichs- und zwischenstaatlichen Verbände sind nur mit ihren badischen Mitgliedschaften gewährt. Namentlich unter den Reichsverbänden sind viele — etwa 40 —, die je höchstens bis zu 20 Mitglieder in Baden haben. Gegen 150 Verbände oder Untergruppen von solchen sind im Lande selbst anlässlich, davon haben u. a. an 70 ihren Sitz in der Stadt Mannheim, 35 in Karlsruhe, 14 in Freiburg, je 3 in Lörrach, Offenburg und Heidelberg, je 2 in Donaueschingen, Schopfheim, Emmendingen, Baden und Pforzheim. Die meisten Verbände, und zwar rund 100 in der Industrie und ebensoviel in Handel und Verkehr sind Fachverbände, während die übrigen keiner bestimmten Handels- und Gewerbebranche zuzurechnen und mehr allgemeine Verbände in Handel und Industrie sind.

Wegen weiterer Einzelheiten sei auf Nummer 12, Jahrgang 1923 der Statistischen Mitteilungen über das Land Baden verwiesen.

Der evangelische Landesynodalausschuss

Ist zu einer Sitzung auf den 19. Februar einberufen. Auf der Tagesordnung steht auch die Beschlussfassung über den Landeskirchensteuervorschlag für die Zeit vom 1. April 1924 bis zum 1. April 1926. Dieser Vorschlag liegt vom Dienstag den 5. Februar an 14 Tage lang im Dienstgebäude des Oberrats (Königsplatz 1) zur Einsichtnahme für alle Beteiligten öffentlich auf.

Krankenkassen und Landwirtschaft

DZ. Um eine Ermäßigung der Krankenkassenbeiträge herbeizuführen, hatte die Badische Landwirtschaftskammer schon vor längerer Zeit bei der Regierung den Antrag auf Einführung von Landfrankenkassen gestellt. Nun regte die Badische Landwirtschaftskammer bei dem Arbeitsminister an, es möchte wenigstens gefastet werden, daß eine Anzahl benachteiligter landwirtschaftlicher Betriebe zusammen eine Betriebskrankenkasse errichten dürfen. Auf diese Weise könnten auch der badischen Landwirtschaft die zweifellos vorhandenen Vorteile einer Betriebskrankenkasse zugänglich gemacht werden, da dies sonst wegen des vorhererwähnten Klein- und Mittelbetriebs in Baden unmöglich ist.

Von den badischen Hochschulen. Eine hochherzige Stiftung machte der Medizinrat Professor Dr. Haber dem Anatomischen Institut der Universität Freiburg, indem er im Anschluß an entsprechende frühere Schenkungen erneute eine große Sammlung vergleichend-anatomischer Präparate aus Kamerun, seinem früheren ärztlichen Wirkungskreis, zur Verfügung stellte.

Mount Everest in den Badischen Lichtspielen

Zu Beginn des Jahres 1921 fand ein vereinigtes Komitee der Kgl. Geographischen Gesellschaft und des Alpen Klubs die erste Expedition unter dem Befehl von Oberst Howard Gurdal aus. Sie war über Erwartung erfolgreich durch die Entdeckung, daß der Mount Everest vielleicht als einziger von den großen Himalajaspielen bestiegtbar sei, und spät in der Saison fanden sie endlich nach mancherlei Fehlschlägen den Weg auf den Nord-Pol.

Die Expedition 1922 brachte einen Bestiegsversuch. Sie erreichte eine Höhe von 8328 Meter, aber es gelang nicht, die höchste Spitze zu erreichen. Die Expedition versammelt sich in Darjeeling, einen tibetischen Christen Paul Karma und fährt mit der Bahn durch die Wälder von Kesta-Zal bis zur Endstation in Kalimpong-Nad. Hier fängt der Hauptweg nach Tibet an. Die Karawane von 350 Lasten ist aufgestellt. Die Straße führt durch die Wälder, welche die Tiefen südlich der Berge füllen. Diese Hochstraße nach Tibet steigt steil zum Nepal hinan. Wir überschreiten die Baumgrenze, passieren wunderbares Hochland und auf der Höhe des Passes grünen die flatternden Gebirgsfarnen beim Einzug in Tibet. Der Weg hinauf zum Chumbital steigt fortwährend und ein höherer Paß führt uns auf die trodene, fruchtlose tibetanische Ebene, die auch im Winter nur wenig Schnee hat, aber einen fürchterlichen Wind im Frühjahr. Das Land ist fast und offen, mit alt verwitterten Hügeln und breiten beweglichen Sandbänken in den Flußbetten.

Bei Schar gelangt, halten wir bei dem Djonpen an. Er übernimmt es, den Transport zu organisieren, Vorrat zu beschaffen und die Post zu versehen und wir sind bald auf der letzten Station unserer Reise im Kloster in dem gebirgigen Kongbul-Zal. Der Hauptplatz auf dem Kongbul-Kloster ist besonders heilig, weil man glaubt, er sei die menschliche Personifikation eines Gottes. Pilger kommen von allen Gegenden Tibets im Sommer, um sein Kloster zu besuchen, das höchste in der Welt, so gebaut, daß es volle Aussicht auf den heiligen Berg bietet. Der Hauptplatz vom Kloster kam der Expedition sehr entgegen. Seine Haltung und sein Segen ermutigten das Trägerkorps zu wundervollen Leistungen auf den Gletschern im Gebirge. Er tröstete die Ausziehenden der Expedition, daß er selbst die geistlichen Dienste für diejenigen leisten werde, die zugrunde gehen.

Nun beginnt die Besteigung dieses Bergriesen. Mühsam werden Zwischenlager errichtet. Immer weiter schiebt sich die

Kommunale Rundschau

Wohnsitz. Nach einem Beschluß des Heilberger Stadtrates bedürfen ledige alleinstehende Deutsche, auch wenn sie von auswärts kommen, künftighin zum Bezug von einzelnen möblierten Zimmern ohne Küche oder Kochgelegenheit nicht mehr der Genehmigung des Wohnungsamtes. Die Vermietung möblierter Zimmer an Ausländer ist wie bisher an die Genehmigung des Stadtrats gebunden.

Eine leichte Abnahme der Wohnungsnot in Bruchsal zeigt eine Mitteilung des Wohnungsamtes für das vergangene Jahr 1923. Damals waren am 1. Januar 1923 817 Wohnungsforderungen beim Wohnungsamt gemeldet. Der Neuzugang im Laufe des Jahres betrug 296 Wohnungsforderungen. Durch Zuweisung von Wohnungen wurden 172 Wohnungsforderungen erledigt, ohne Zuweisung von Wohnungen erloschen 118 Gesuche. Der Neubedarf an Wohnungen war am 1. Januar 1923 557 Wohnungen; er war am 1. Januar 1924 auf 516 Wohnungen zurückgegangen und zeigt also eine leichte Abnahme. Durch Neu- und Einbauten wurden 78 Wohnungserlöse erzielt, denen 26 bisher selbständige Wohnungen als eingezogen gegenüberstehen. Die Gesamtzahl der beim Wohnungsamt vorliegenden Wohnungsforderungen betrug am 1. Oktober 1923 924.

Wiedereröffnung der Straßenbahn in Pforzheim. Mit dem Montag hat die Straßenbahn in Pforzheim den Betrieb wieder aufgenommen, nachdem sie länger als 10 Monate hindurch still gelegen war. Statt des früheren 7½-Minuten-Verkehrs ist aber jetzt der 10-Minuten-Verkehr eingeführt. Auch einige Linienveränderungen bzw. -Verlängerungen mußten aus Sparmaßregeln durchgeführt werden. Demselben Zwang zur Sparmaßregel verbandt auch die Einführung des Einmannwagens ihre Begründung. Die Bahn war Montag früh ziemlich rege besetzt. Erwähnenswert ist auch, daß die Zeit der erzwungenen Ruhe dazu benutzt werden konnte, um umfangreiche Kanalarbeiten sowie Ausbesserungen an Schienen und Stromleitungen vorzunehmen.

Kinderpeisung in Offenburg. Die Aufnahme der Kinder der Erwerbslosen in die Kinderpeisung war noch nicht möglich, da die Kinder zufolge Weisung des Landesauschusses für Kinderpeisung noch zuvor ärztlich untersucht werden müssen. In etwa einer Woche wird die Peisung beginnen können. Ein größerer Teil Eltern hat bereits zugestimmt der Kinder der Erwerbslosen verzichtet.

Einbezug von Badenweiler in die Grenzverkehrszone. Die Bewegung der Kurort Badenweiler in die kleine Grenzverkehrszone mit der benachbarten Schweiz aufzunehmen, ist erfolgversprechend in die Wege geleitet worden, nachdem die Voraussetzungen, die eine Einbeziehung bedenklich erscheinen ließen, durch die Besserstellung der Marktverhältnisse geworden sind.

Aus der Landeshauptstadt

Ferienverkehr. Zur Förderung der Volksgesundheit wird die Reichsbahn auch in diesem Jahre wieder Friedenssonderzüge verkehren lassen. Um der beschränkten Kaufkraft und der wirtschaftlichen Notlage weitester Kreise soweit als möglich Rechnung zu tragen, wird statt der bisherigen Ermäßigung von 25 Prozent eine weitergehende von 33 Prozent gewährt werden.

Paßliche Reichsbanknoten über 2 Billionen Mark. Von den in letzter Zeit ausgegebenen Reichsbanknoten über 2 Billionen Mark mit dem Datum des 5. Nov. 1923, die ihren Schatz in einem natürlichen Wasserzeichen, und zwar entweder in einem Linienmuster mit dem Buchstaben G oder D oder einem Ringelmuster oder einem gitterartigen Muster mit dem ständig wiederkehrenden Buchstaben S tragen, sind Fälschungen aufgetaucht, die als solche an dem Fehlen oder der mangelhaften Nachahmung des Wasserzeichens unschwer zu erkennen sind. Vor Annahme dieser Fälschungen wird gewarnt. Für die Aufdeckung von Fälschungsversuchen und dahin führenden Angaben zahlt die Reichsbank hohe Belohnungen.

Reitenpennig — altem Pennig. Der Fünfschneerauschnitt des Reichstages hat die Gleichstellung der alten Kupferpennigstücke mit den Reitenpennigen gut geheißen.

Badischer Verein für Geflügelzucht. Die Monatsversammlung war mit einem Vortrag des Herrn Langensteln über Bierzüchter verbunden. Redner hatte ein Paar Milcheule mitgebracht. Mitglied Körner stellte dem Verein einen Desinfektionsapparat zum Ausprägen der Ställe zur Verfügung. Der Verein hat demnächst wieder Hirt, Fisch-

Expedition gegen den Mount Everest vor durch eine Landschaft, die in ihren grandiosen Formen von nichts übertroffen wird. Zwischen pittoresken Eisgebirgen und Schneemänteln wird das dicke Lager aufgeschlagen. Der erste Aufstieg auf die Spitze beginnt nun. Bei 8100 Meter Höhe zwingt die Kälte und die dünne Luft die beherzten Männer zur Umkehr. Drei Tage später folgt der zweite Aufstieg, diesmal mit Sauerstoffapparaten, ein dritter Aufstieg endete mit einem Unglück. Eine Lawine reißt die kühnen Bergsteiger in die Tiefe. Nur ein Trupp kommt mit dem Leben davon. Es gelang nicht, die letzten 500 Meter des Mount Everest zu nehmen und die Expedition muß abgebrochen werden.

Es gibt wohl keinen Beschauer des Films, der sich durch die herrlichen Aufnahmen, durch den kühnen Mut der Expeditionsteilnehmer, durch die erschütternde Tragik unserer wildesten und heldenhaften Zeitgenossen nicht im tiefsten Inneren seines Herzens berührt fühlt.

Der Kampf um den Nordpol bildet das Thema zweier Lichtbild- und Filmborträge, die der Karlsruher Luftfahrtverein veranstaltet. Den ersten hält der Klimatologe Dr. Fr. Gaunter am nächsten Freitag abend in der Hochschule, in dem er die Expeditionen mit Schiff und Schlitten und Allgemeines aus der Polarlande darstellt. Vierzehn Tage später wird Hauptmann a. D. Fischer von Petersburg aus Deskau die Veruche mit Freiballon, Luftschiff und Flugzeug zur Polarforschung behandeln und dabei den im vorigen Jahre von einem deutschen Metallflugzeug aus aufgenommenen Spitzbergenfilm vorführen. Dabei werden bisher ganz unbekanntes Eismeerregionen überflogen und mit ihrer gigantischen Gletscherwelt im Film festgehalten. Diese Flüge bildeten die Unterlage zu den Vorträgen, die in diesem Jahre der Polarforscher Amundsen ausführen will, wobei der Nordpol im Flugzeug erreicht und filmatographiert werden soll. Die beiden Vorträge werden Taten der neueren Menschheitsgeschichte vor Augen führen, die zu den bedeutendsten Taten der Weltgeschichte zu zählen sind. Daß gerade Deutschland auf diesem Gebiete so Gemaltiges leistete, sollte uns in unserer an Taten so armen Zeit eine Erbauung sein und dürften dabei die beiden Vorträge das rechte Interesse auslösen. Nicht zuletzt ist es doch ein erfreuliches Zeichen deutschen Ingenieurkönnens, daß nun deutsche Flugzeuge — trotz des durch den Verfall der Beträge niedrigeren Flugzeugbaus — das vollenden sollen, und teilweise vollendet haben, was man vorher vergeblich mit englischen und amerikanischen Flugzeugen versucht hat.

mehl und Garnelen zum Verkauf. Zur Verlosung gelangten wieder praktische Gegenstände. In jeder Monatsversammlung soll für die Zukunft ein Vortrag aus dem Gebiete der Geflügelzucht gehalten werden.

Hygienisches. Der hiesige „Verein der Hundefreunde“ hielt vergangene Woche seine Generalversammlung ab, deren guter Besuch zeigte, daß auch die hygienische Bewegung wieder Leben erhält. Die turnusgemäß auscheidenden Mitglieder wurden mit Ausnahme des 2. Schriftführer und 2. Kassier wiedergewählt, so daß sich der Gesamtvorstand wie folgt zusammensetzt: Ehrenvorsitzender: Professor Leop. Schumann; 1. Vorsitzender: Bahn-Inspektor B. Rothhöfer; 2. Vorsitzender: Verwaltungs-Inspektor B. Stoll; 1. Schriftführer: Kaufmann G. Hofmann; 2. Schriftf.: Kriminalsekretär J. Fuchs; 1. Kassier: Frau A. Schneider; 2. Kassier: W. Kerchbaum; Bibliothekar: Friseurmeister B. Cios; Geräteverwalter: G. Zintelott. Der Vortrag wurde auf 6 M. jährlich festgesetzt. Herr Schmidt äußerte sich zu dem Beschlusse des Verbandes, wonach eine Deputation beim Ministerium wegen Abbestellung von Mängeln bei der staatlichen Polizeihundeschule und Dressuranhalt vorstellig werden soll. Nachdem die Dressurvereine für Polizei- und Schutzhunde in einem Verband (P.P.Z.), welcher dem Kartell angeschlossen, vereinigt sind, liegen Dressurangelegenheiten außerhalb des Bereiches der Verbände von allgemeinen hygienischen Zielen. Es könnten deshalb nur Dressurverbände, welche dem P.P.Z. angeschlossen sind, in Frage kommen. Der „Verein Hundefreunde Freiburg“ als Antragsteller müßte sich also an einen Dressurverband wenden. Wegen der Übertragung der Landesausstellung 1924 an den Verein der Hundefreunde in Wilingen“ entspann sich eine lebhafte Diskussion, in welcher zunächst Stadtrat Künzel darauf hinwies, daß Wilingen unmöglich der Ort sein kann, wo eine Landesausstellung mit Erfolg durchgeführt werden könnte. Er machte den Vorschlag, daß der hiesige Verein, welcher seit 1920 pausiert, die Arrangierung einer Ausstellung in Betracht ziehe und sich nachträglich um die Landesausstellung bemühe. Es wurde dann beschlossen, eine Ausstellung in diesem Jahre zu arrangieren. Herr J. Schmidt übernahm die Vorarbeit.

Zur Warnung. Am Sonntag erkrankten am hiesigen Hauptbahnhof wieder drei Personen Anzeigen, daß ihnen an den Bahnhöfen in Mannheim und Bruchsal ihre Brief- bzw. Geldtaschen mit erheblichen Gelddarstellungen gestohlen wurden.

Opfer des Berufes. In der Hauptwerkstätte geriet ein 29-jähriger verheirateter Magazinarbeiter zwischen die Räder zweier Eisenbahnwagen und wurde so schwer verletzt, daß er im Krankenhaus starb.

Eine abgefeimte Diebesgesellschaft, welche im Jahre 1921 unsere Stadt durch zahlreiche vollendete und versuchte schwere Einbrüche unsicher machte, wurde von der hiesigen Strafammer für längere Zeit ins Gefängnis geschickt. Der Hauptangeklagte Jakob Wüst aus Durlach erhielt vier Jahre Gefängnis, fünf Jahre Ehrverlust, seine Komplizen, der Mechaniker Richard Reichenbacher aus Söllingen, der Landwirt und Schreiner Heinrich Ludwig Willard aus Sigmaringen und der Hilfsarbeiter Josef Kämer aus Durlach, wurden gleichfalls zu längeren Freiheitsstrafen verurteilt bei mehrjährigem Ehrverlust für Reichenbacher und Willard. Wüst hatte sich seinerzeit nach einem großen Salbaranddiebstahl im hiesigen Garnisonlazarett ein Auto zugelegt, mit dem er mehrere Monate hindurch Autofahrten unternahm bis ihn in Berlin sein Schicksal ereilte.

Kurze Nachrichten aus Baden

Mannheim, 1. Febr. Die Oberrealschule Mannheim teilt mit, der Oberrealschüler Güter, der sich dem Heilberger Jugendgericht wegen Hochverrats und Teilnahme an der separatistischen Bewegung in der Pfalz zu verantworten hatte, der Anstalt nicht angehört hat.

DZ. Mannheim, 2. Febr. Gestern Nachmittag gegen vier Uhr mußte ein französisches Flugzeug wegen Motordefekts zwischen Ladenburg und Albesheim auf freiem Feld landen. Das Flugzeug war besetzt mit einem Sergeanten und einem Unteroffizier, die in Mainz in Garnison stehen. Die Piloten wollen heute wieder nach Mainz zu ihrem Regiment zurückfliegen. Es scheint, daß sie ihren Flug nicht auf Weisung der Vorgesetzten, sondern auf eigene Faust unternommen haben. Die Gendarmerie hat sich an Ort und Stelle begeben, um die nötigen Ermittlungen vorzunehmen und bewacht den Apparat.

Mannheim, 4. Febr. Regierungs- und Baurat Dr.-Ing. Teubert-Mannheim ist am 1. Januar aus dem Vorstand der Schiffs- und Maschinenbau A.-G. Mannheim ausgetreten, um sich den Vorlesungen über Technik und Wirtschaft der Wittenberg-Hochschule in Karlsruhe und an der Handelshochschule in Mannheim hält, mehr zu widmen. Dr. Teubert, der als früherer Marinebaumeister auch dem Schiffbau nahesteht, hat jetzt die Schriftleitung der Zeitschrift „Schiffbau“ für die neue Abteilung „Klein-Schiffbau und Wittenberg-Hochschule“, sowie die Bearbeitung des Handbuchs der Wittenberg-Hochschule übernommen.

DZ. Heilberg, 4. Febr. Von der Universität. Im Alter von 75 Jahren ist hier der ordentliche Honorarprofessor für Physiologie August Ewald gestorben. Der Verstorbene wirkte seit dem Jahre 1888 an unserer Hochschule. — Ein großer Teil des Altpersonals ist am 1. Februar in einen Teilzeit eingetreten. Am Streit beteiligt sind etwa 150 Personen, doch wird der Betrieb durch arbeitswilliges Personal und eingestellte Hilfskräfte voll aufrecht erhalten. Von Arbeitnehmerseite war bei Verlängerung der Dienstzeit Bezahlung der Mehrleistung als Überzahlung verlangt worden, wodurch die ganzen Abwärmmaßnahmen beim Altpersonal jeden finanziellen Erfolg verloren hätten. Die Vorstände der Krankenkassenverbände hatten deshalb erklärt, daß man zunächst abwarten solle, bis das Ergebnis der Verhandlungen der Arbeitnehmerorganisationen mit dem Arbeitgeberverband der Städte vorliege. Auf Weisung der Organisationsleitung ist darauf am 1. Februar ein großer Teil des Altpersonals, hauptsächlich Köchen- und Hauspersonal, nicht mehr zur Arbeit erschienen oder hat den Dienst morgens um 6 Uhr verlassen.

Konstanz, 3. Febr. Die Handelskammer Konstanz hatte sich an die Reichsbahndirektion Karlsruhe gewendet, um für den Sommer 1924 Verkehrsverbesserungen nach dem Oberland zu erreichen. Es sind ihr daraufhin erfreuliche Zusagen gemacht worden, die die Strecke Offenburg-Konstanz-Stuttgard-Schaffhausen-Basel-Konstanz betreffen. Es werden durch die für die stärkere Reisezeit in Aussicht genommenen Züge zwischen Konstanz und Freiburg 3 weitere gute Fahrverbindungen geschaffen, und zwar: 1. Zug ab Konstanz 12.56 Uhr an Freiburg 5.57 Uhr nachmittags, ein weiterer Zug ab Konstanz 4.20 Uhr, an Freiburg 8.31 Uhr abends und der 3. Zug Freiburg ab 10.54 Uhr vormittags, Konstanz an 4.20 Uhr nachmittags. Die Einschränkungen auf der Bodenseereguliebahn sollen nach Möglichkeit gemildert werden. Für die stärkere Reisezeit ist auch eine ausreichende Vermehrung der Fahrten auf dem Bodensee in Aussicht genommen.

Handel und Wirtschaft Berliner Devisennotierungen

in Millionen Mark.

	5. Februar		4. Februar	
	Geld	Brief	Geld	Brief
Amsterdam	1 578 045	1 585 905 ¹⁾	1 578 045	1 585 905 ¹⁾
Kopenhagen	688 275	691 725	688 275	691 725
London	184 737	185 662	185 535	186 465
Paris	18 054 750	18 145 250 ¹⁾	18 354 000	18 446 000 ¹⁾
New York	4 189 500	4 210 500 ¹⁾	4 189 500	4 210 500 ¹⁾
Schweiz	196 508	197 492	198 02	199 798
Braun	734 160	737 840	733 362	737 038
Wien	123 091	123 709	123 091	123 709
Wien (100 Kronen)	60 149	60 451	60 149	60 451

Die kleine Ziffer bedeutet die Jutellung in Prozent

Auf der Freiburger Wambörse vom 31. Januar lag bei gutem Besuch mäßiges Angebot in 1922er badischen Weinen und größeres Angebot von Elßler, Mosel- und ausländischen Rotweinen vor. Es wurden auch Umsätze in badischen Weinen, in ausländischen Rotweinen getätigt. Richtigwasser und Obstbranntwein waren angeboten; in Branntwein wurden ebenfalls Umsätze erzielt.

Aus der Zelluloseindustrie: Der große Absatz infolge des verbesserten Weihnachtsgeschäfts im Textil- und Bekleidungsgebiete sowie die Zunahme des Geschäfts im Januar und die erfolgten Ausverkäufe zwingen die Händler zur Deckung ihres Bedarfs und Weitergabe von Bestellungen an die Fabriken. Diese konnten infolge des Mehrertrags der Aufträge die bisher bestandene Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit zum größten Teil beseitigen. Viele Firmen der Textilindustrie sind bereits mit Bestellungen derart überhäuft, daß sie solche für die nächste Zeit nicht mehr annehmen. Dieser Umstand ist allerdings mehr darauf zurückzuführen, daß die vorhandenen Kapitalkräfte nicht immer ausreichen, um die Ansprüche der Auftraggeber vollkommen zu befriedigen. Der Eintritt besserer Zahlungsbedingungen stehen die ungewöhnlich hohen Zinsspesen entgegen.

Von der Lage am Gütemarkt. Das neue Jahr hat im Ledergeschäft mit einer großen Kaufkraft einsetzt, so daß die Preise im Januar auf dem Gütemarkt eine nicht unerhebliche Steigerung erfahren haben. Die Preise liegen im Januar durchschnittlich 30-40 Prozent höher als im Dezember. Diese Preisentwicklung ist jedoch bei dem großen Angebot wesentlich gebremst. Die Schlachtungen haben einen größeren Umfang als bisher angenommen und damit auch ein vermehrtes Angebot in rohen Häuten und Fellen hervorgerufen; dann kommt noch die Auslandsware hinzu. Leider macht sich aber auch in der Lederindustrie ein Geldmangel bemerkbar, da die Kunden nur zögernd ihren Verpflichtungen nachkommen. Das Auslandsgeschäft wird vorerst noch als besser angesehen, da sich der Verbraucher der Güter dabei immer noch besser stand. Es hat sich daher in den letzten 4 Wochen ein Geschäft entwickelt, das die Lederindustrie nach dem Ende des Krieges noch nicht gesehen hat. Kleintierfelle haben ein stabiles Geschäft, dagegen hat dieses für Spezialsorten nachgelassen. Ziegen- und Fiesel-, Hagen-, Schaf-, Lamm- und Wildfelle aller Art können zu hohen Preisen an den Mann gebracht werden.

Die Konzerne in der Papierindustrie

Anläßlich der beabsichtigten Zulassung der Natronzell- u. G. in Berlin zum variablen Verkehr dürften, wie der „Berliner Börsenkurier“ ausführt, einige Angaben über die führenden Konzerne in der Papierfabrikation interessieren.

Zu den drei größten Konzernen der Papierindustrie gehören gegenwärtig der Natronag-Konzern, der Alschaffener und der Stinneskonzern. Unabhängig davon sind die Zellstofffabrik Waldhof und die Zellmühle A. G.

Die im Stinneskonzern zusammengefaßten Fabriken dienen hauptsächlich der Papierherstellung der Stinnes'schen Zeitungsbetriebe und gehören nur zum geringsten Teil zu den an der Börse notierten Werken. Immerhin hatte bis vor kurzem der Stinneskonzern und der Alschaffener Konzern eine führende Stelle in der Papierfabrikation, bis vor einem Jahr der Natronagkonzern durch die Beteiligung der Hartmann-Gruppe eine gewaltige Ausdehnung erfuhr, die ihm in der Papierfabrikation eine führende Stelle einräumte.

Der Hartmannkonzern, der hauptsächlich die Kallheimer Zellulose- und Papierfabrik, die Dresdner Chromo- und Kunstpapierfabrik Krappitz umfaßt, erwarb vor einiger Zeit die Majorität der Natron-Zellulosefabrik und der ihr bereits angegliederten Unternehmungen von der Robert Friedländer-Gruppe, wodurch zu den acht Fabriken der Natron-Zellulosefabrik ein sehr erheblicher Machtzufluß durch die ausgedehnte Organisation des Hartmannkonzerns hinzukam.

Für die Natron-Zellulosefabrik ist die Beteiligung des Hartmannkonzerns, insbesondere hinsichtlich der dadurch sichergestellten Absatzverhältnisse und des starken finanziellen Rückhaltes von besonderem Vorteil, um so mehr, als der öfter-

reichliche Finanzmann Castiglioni an den gesamten Konzernen maßgebend beteiligt ist. Zu den eigenen Fabriken der Natron-Zell- u. G. gehören die Zellulosefabriken in Altdamm, Stahhammer, Arnstadt und Wrochelen.

Zum Konzern der Natronag gehören a. a. die Gräflich-Genf.-Donnersmarische Papierfabrik Frankfurt und die Oberschlesische Zellstoffwerke und eine Reihe von G. m. b. H. der Papierindustrie. Was die heute besonders wichtige Frage der Substanz im Verhältnis zum Aktienkapital anbetrifft, so hat die Natron-Zellulosefabrik durch die von ihr erworbenen Fabriken und den Kräftezufluß durch die Verbindung mit der Hartmann-Gruppe eine dem gegenwärtigen Aktienkapital von 800 Millionen Stamm- und 50 Millionen Vorzugsaktien entsprechende Substanz.

Der Alschaffener Konzern unterscheidet sich in der Hauptsache von dem Natronag-Konzern durch die Vertriebsart des Papierstoffes. Er arbeitet nach dem Sulfitverfahren, während die Behandlung des Zellstoffes bei Natron durch Natronlauge vorgenommen wird, die insbesondere für die Fabrikation von Packpapier sich als besonders zweckmäßig erwiesen hat. Die Alschaffener Papierfabrik besitzt das gesamte Kapital der Oberschlesischen Zellstoff- und Papierfabriken, sowie die Niederbayerische Zellstoffaktiengesellschaft und die Zellulosefabrik Kappel.

Die Zellstofffabrik Waldhof umfaßt zunächst die beiden Stammunternehmungen in Mannheim-Waldhof und Tübingen, Zellstoffanlagen größten Stiles. Außerdem besitzt sie maßgebende Beteiligungen bei folgenden Unternehmungen: 1. Rapphus A. G., Mannheim-Waldhof, eine der größten deutschen Papierfabriken. 2. Coseler Cellulose- und Papierfabriken A. G., bestehend aus einer großen Zellstofffabrik und 2 Papierfabriken mit 9 Papiermaschinen und Nebenbetrieben. 3. Papierfabrik Weihenstephan A. G., Forstheim-Dillweihenstephan. 4. Dimonische Cellulosefabriken A. G., Wangen, bezw. Försendorf. 5. besteht ein maßgebendes Interesse bei der Zellstofffabrik Magdeburg in Alling bei Regensburg. 7. Niederbayerische Cellulosewerke A. G., Kallheim (Niederbayern). Singu tritt eine Reihe von Beteiligungen an kleineren Gesellschaften, wie solche auf Verwertung der Nebenzeugnisse usw., und zwar: 8. Nophil-Ertract-Gesellschaft m. b. H., Mannheim-Waldhof, 9. Gesellschaft für Chemische Produktion, m. b. H., Mannheim-Waldhof, 10. Bahngesellschaft Waldhof, Mannheim-Waldhof, 11. Immobilien-Gesellschaft m. b. H., Mannheim-Waldhof, 12. Deutsche Darlehensgesellschaft A. G., Berlin-Charlottenburg sowie die ausländischen Interessen, wie: 13. Aktiefelsfabrik Storbøe Risgruber Lilleboe Gruber Norwegen, 14. N. V. Dandel- en Transport B.V., Waldhof, Rotterdam, 15. Holzkontor Waldhof G. m. b. H., Karlsruhe.

Die Zellmühle A. G. mit einem Kapital von 160 Millionen besitzt nur die Stettiner und Liebauer Fabrik.

Die Geschäftslage bei den großen Konzernen der Papierindustrie wird infolge der guten Verbindungen mit dem Auslande und der Unabhängigkeit der Rohstoffversorgung als günstig bezeichnet, so daß auch die jetzt wieder in den Vordergrund tretende Rentabilitätsfrage eine den Umständen entsprechende befriedigende Lösung finden dürfte.

Verschiedenes

In Berlin schlemmt man nicht mehr

Gegenüber vielfach im Inlande und Auslande verbreiteten Berichten über Luxus und Schlemmerei in den Berliner Lokalen ist es, wie die amtliche Preussische Pressedienst schreibt, von Wichtigkeit, festzustellen, daß in den letzten Monaten der Aufwand in den Gaststätten in einem derartigen Maße zurückgegangen ist, daß jetzt von Schlemmerei nicht die Rede sein kann. Am besten wird dies illustriert durch die zurzeit bestehende riesenhafte Arbeitslosigkeit im Gastwirtsberuf. Die Brauereien sehen zur Zeit noch nicht die Hälfte der Biermengen ab wie im November v. J. und der Weinumsatz ist noch in weit höherem Maße zurückgegangen. Von diesem Rückgang sind alle Zweige des Gastwirtsberufes betroffen. Namhafte Hotels mußten geschlossen werden, große Bierrestaurants sind wegen schlechten Geschäftsganges eingegangen. Die vor etwa 1 bis 2 Jahren stark vermehrten Kaffeehäuser gehen jetzt zum großen Teil wieder ein oder stellen sich in Restaurants oder Cafés um. Dabei mag bemerkt werden, daß das Abwandern der Gäste in Cafés, in denen man nichts zu essen und nur Getränke von geringem Geldwert zu sich zu nehmen pflegt, ebenfalls eine Folgeerscheinung der allgemeinen Armut ist. Als ausgeprägte Luxuslokale kommen in Berlin außer den großen internationalen Hotels nur ganz wenige in Frage. Auch in diesen Lokalen herrscht gerade in der letzten Zeit gähnende Leere. Selbst der starke Lokalbesuch in der letzten Silvesternacht war nur ein Aufblähen, denn an den Sonntagen hinterher ist es in den Gasthäusern umso stiller gewesen. Von einer nennenswerten Schlemmerei größeren Umfangs und einem beträchtlichen Aufwand in den Lokalen kann nach alledem keine Rede sein.

Soweit sich in den vorgangenen Monaten doch hier und dort unerfreuliche Ausschreitungen gezeigt haben, ist die Polizei mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln dagegen vorgegangen. So sind in der Zeit vom 1. August bis zum 7. Dezember 1923 387 Schandwittschaften der Polizeihunderübertragung überführt worden. Bei 22 ist die Schließung, bei 181 die Herabsetzung der Polizeistunde und bei 184 die polizeiliche Verwarnung erfolgt. In der gleichen Zeit sind in 68 Privatwohnungen Nachtbetriebe festgestellt worden, wobei 42 Wohnungen beschlagnahmt und 11 Wohnungsinhaber verwarnt worden sind, 83 Verantwalter solcher Nachtbetriebe wurden dem Richter vorgeführt. Generell kann gesagt werden, daß im Gegensatz zu der allgemeinen Not und Verzerrung sich nur ein ganz kleiner Kreis von Personen findet, die auch heute noch ein Luxusleben führen können. Es handelt sich hierbei hauptsächlich um die „neuen Reichen“, die ihr Geld schnell und verhältnismäßig mühelos errungen haben. Sie haben kein Verständnis für ethische Verpflichtungen, die ihnen ihr Besitz und die Not des Volkes auferlegen, keinen Sinn für geistige Bedürfnisse, sondern finden ihre Zeitverteilung nur in sinnlichen Gemüßen und Ausschweifungen. Bei der überaus geringen Zahl der Luxusgaststätten, die dieser Kreis mit Vorliebe aufsucht, treten sie natürlich desto stärker in die Erscheinung und ermeden so ein durchaus fallisches Bild von der Lebensführung der übergroßen Masse der Bevölkerung der Arbeitsstadt Berlin.

Die beliebtesten Einwanderer

Die Einwanderungsfrage beschäftigt die Amerikaner nach dem Kriege in erhöhtem Maße. Die Geseligen der Vereinigten Staaten hat eine Reihe von Restriktionen geschaffen, um den Zustrom unerwünschter Elemente zu verhindern. Jetzt ist kürzlich ein Buch erschienen, in dem G. H. Laughlin vom Carnegie-Institut interessante Statistiken über die Vorzüge und Nachteile der einzelnen Rassen zum Ausdruck bringt. Es werden Tabellen über den Gesundheitszustand der einzelnen Einwanderer und ihr Wohlverhalten gegenüber den Gesetzen aufgestellt. Am besten schneiden dabei die Deutschen, die Österreicher und die Engländer ab. Dagegen ergibt sich, daß die Irländer und die Walldländer sehr unerwünschte Einwanderer sind, da sie einen ungewöhnlich großen Prozentsatz von Geisteskranken und Verbrechern enthalten.

Staatsanzeiger

Bekanntmachung

Der Vollzug des Enteignungsgesetzes

In Vollzug des § 37 des Enteignungsgesetzes vom 24. Dezember 1908 (Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 703) und in Abänderung der Bekanntmachung vom 12. Januar 1920 — Staatsanzeiger vom 31. Januar 1920 Nr. 26 — wird bestimmt, daß an Stelle des verstorbenen Forstrats Könige in Heidelberg Forstmeister Reinhardt in Neckargemünd und Forstmeister Dr. Barth in Heidelberg als Beisitzer zur Mitwirkung bei der Feststellung der Entschädigung im administrativen Entschädigungsverfahren berufen werden können.

Karlsruhe, den 5. Februar 1924.

Der Minister des Innern.

R e m m e l e.

Personeller Teil

Ernennungen, Versetzungen, Zurufsetzungen usw. der planmäßigen Beamten

Aus dem Bereich des Ministeriums des Innern

Versetzt:
Verwaltungsoberssekretär Karl Holberbach beim Bezirksamt Mühlheim zu jenem in Konstanz, Verwaltungsoberssekretär Ernst Litzert beim Bezirksamt Offenburg zu jenem in Neustadt, Verwaltungsoberssekretär Karl Werthe beim Bezirksamt Offenburg zu jenem in Horbach, Verwaltungsoberssekretär Lothar Schweggenburger beim Bezirksamt Offenburg zu jenem in Wolfach.

In den einstufigen Ruhestand versetzt:
Verwaltungsinспекtor Eduard Dettli beim Bezirksamt Oberbach, Verwaltungssekretär Johann Stumm beim Bezirksamt Karlsruhe, Amtsgehilfe Franz Casper beim Bezirksamt Mastadt.

Ministerium des Kultus und Unterrichts
Versetzungen:
Dem Direktor der Amtsgemeinschaftsschule Forstheim Anton Kling in die Amtsbezeichnung Professor.

In den einstufigen Ruhestand versetzt:
Hausmeister Josef Brenning am Staatsgymnasium Karlsruhe. **Zurufsetzung auf Ansuchen:**
Hauptlehrer Karl Bell in Scheuern, Amts Mastadt.

Ministerium der Finanzen
Versetzt:
Die Rangleutnantin Luzie Zöller in Heidelberg zum Bezirksbauamt Offenburg.

Badisches Landestheater.
Dienstag, 5. Febr. 5¹/₂—10 Uhr. Sp. I 5.40 M.
Abonn. B 12. Th.-Gem. B.V.B. Nr. 3201—3800.

Palestrina.

Badisches Landestheater.
Mittwoch, 6. Febr. 7 b. n. 1/10 Uhr. Sp. I 5.40 M.
Abonn. G 13. Th.-Gem. B.V.B. Nr. 1601—1900.

Titus.

Bei der Stadtgemeinde St. Marien (badischer Schwarzwaldb) ist die Stelle eines

Berufs-Bürgermeisters

sofort zu besetzen. Akademisch gebildete Bewerber katholischer Konfession, nicht über 45 Jahre alt, wollen ihre Gesuche unter Beifügung eines Lebenslaufes, Lichtbildes und etwaiger Zeugnisse unter Angabe ihrer Gehaltsansprüche an den Gemeinderat zu Händen des Bürgermeister-Stellvertreters Strittmatter bis längstens **15. Februar 1924** einreichen. Bemerkung wird, daß die Kurverwaltung der Stadtverwaltung angegliedert ist. St. Marien, den 29. Januar 1924. D. 71

Der Gemeinderat.

Die Firma Louis A. Stern & Cie. beabsichtigt die Errichtung eines Fabrikchuppens zur Herstellung von Holzkernmaterial auf ihrem Anwesen Wannwaldallee Nr. 1.

Etwasige Einwendungen gegen das Unternehmen sind binnen 14 Tagen beim Bezirksamt oder dem Stadtrat Karlsruhe vorzubringen. Karlsruhe, den 1. Februar 1924. O. 3. 8

Badisches Bezirksamt.

Sieben erschien:

Zürsorgegesetz

für
Gemeinde- und Körperschaftsbeamte

Mit Anmerkungen

Herausgegeben von
Anton Siegelmaier
Krankentassenverwalter und Landtagsabgeordneter

Preis 1 Mark

Im Hinblick darauf, daß eine Ausführungsverordnung zum Zürsorgegesetz nicht verabsichtigt wird, ist die hier vorliegende Erläuterung des damit betrauten Landtags-Referenten allen beteiligten Kreisen willkommen. Sie wird die Durchführung des Gesetzes erleichtern helfen und dazu beitragen, daß dieses seinen sozialen Zweck erreicht.

Badischer Kommunal-Verlag G. m. b. H.
Karlsruhe, Karlsruhstraße 14

Durch Gesellschaftsbeschlus vom 30. Oktober 1922 wird hiermit aufgefördert, etwaige Ansprüche an die Gesellschaft bei dem unterzeichneten Liquidator geltend zu machen. B359.3.1

Der Liquidator:
Eugo Wertheimer.

Betreffend:

Jagd-Versteigerungen.

Wir machen die Herren Bürgermeister darauf aufmerksam, daß die süddeutschen Jäger (auch viele Fischer) durchwegs nur den „Deutschen Jäger“ München lesen. Hunderttausende von Lesern in Stadt und Land. Jagd- und Fischereiverpachtungen gehören darum in erster Linie in diese Zeitschrift. (46. Jahrg.) Anschrift: Verlag „Der Deutsche Jäger“, München, Brienerstr. 9.

Metallbetten
Stahlmatt, Rinderbett, direkt an Private, Katalog 78 R frei. Eisenmöbelfabrik Euph (Zphr.).

Bürgerl. Rechtspflege
a. Streitige Gerichtsbarkeit.
B. 361. Karlsruhe. In dem Konkursverfahren über das Vermögen der Hermann Bastian, Schreinermeister Eheleute und der Firma Karlsruher Möbelfabrik Bastian & Co., G. m. b. H. hier, ist auf Mittwoch, den 27. Februar 1924, nachmittags 4 Uhr, in das Amtsgerichtsgebäude Akademie-

hebung des Konkurses gegen die Ehefrau Hermann Bastian.
Karlsruhe, 1. Febr. 1924.
Die Gerichtsschreiber
Amtsgerichts A II u. IV.

Verschiedene Bekanntmachungen.
Laub- und Nadel-Ruhholzversteigerung
Das Staatl. Forstamt Freiburg versteigert in schriftlichen, auch keinen Losen, am Dienstag, den 12. Februar, vormittags 10 Uhr, im Gasthaus zum Ochsen in Jöhlingen das Nadelholz aus dem Dienstbezirk des Forstamtes W. brecht in Wildetal 862 Fm. brecht in der Weise, daß alle Gläubiger einmal befriedigt werden und zwar jeder Gläubiger aus der Masse, zu der er angemeldet hat; bei den Gläubigern, welche in beiden Konkursen angemeldet haben, vermerkt je zur Hälfte auf Kosten beider Massen. 3. Frage der Aufrechnung. 4. Auf-

B. 860